

1918 Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates

von Andreas Lawaty

Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete für Polen und Deutschland einen Neubeginn. Es war ein Neubeginn im positiven, wertenden Sinn, denn Polen konnte seinen Aspirationen auf nationale Selbstbestimmung eine staatliche, territoriale Form verleihen, Deutschland wiederum gelang der Übergang in eine parlamentarische Demokratie. So gesehen, hätte auch für die deutsch-polnischen Beziehungen ein positiver Neubeginn erwartet werden können.

Deutschland war immerhin das erste Land, das, bereits am 21. November 1918, einen Botschafter — den Pazifisten und Kritiker Bismarckscher Polenpolitik Harry Kessler — nach Polen entsandte und damit den neuen Staat offiziell anerkannte. Er wurde bei seinem Antrittsbesuch von Piłsudski mit „friedlichen und freundschaftlichen Erklärungen“ bedacht. (Freilich mußte er wenige Tage später vor einer aufgebrachten Menge fliehen.) In der deutschen Armee in Polen bildeten sich Soldatenräte, die um ein gutes Verhältnis zu den Polen und sogar um Verständnis für deren nationales Anliegen bemüht waren.¹ Es gab Ansätze einer neuen Politik und Versuche einer Verständigung mit Polen, die von den zur damaligen Zeit einflußreichen pazifistischen Kreisen initiiert wurden. In den Akten des Auswärtigen Amtes ist ein Memorandum vom 25. Dezember 1918 über die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen erhalten geblieben, in dem auf die Notwendigkeit der Überwindung gegenseitiger Animosität hingewiesen wurde, und das selbst im Falle gewisser territorialer Verluste, die „für die deutsche öffentliche Meinung schmerzhaft sein werden“. „Sollte es den Deutschen gelingen (die Animosität zu überwinden)“ — schrieb der Autor weiter —, „dann werden sie nach dem Friedensvertrag zwar einige Gebiete an Polen abgeben müssen, zugleich aber ganz Polen für sich gewinnen und damit auch den Schlüssel zum Osten“.²

¹ Vgl. Piotr Łosowski, *Zerwane pęta. Usunięcie okupantów z ziem polskich w listopadzie 1918 roku (Zerrissene Fesseln. Die Verdrängung der Besatzungsmächte aus polnischem Gebiet im November 1918)*. Warszawa 1986, S. 95 ff.

² Zitiert bei: Przemysław Hauser, *Niemcy wobec sprawy polskiej. Październik 1918 – czerwiec 1919 (Deutschland und die polnische Frage. Oktober 1918 – Juni 1919)*. Poznań 1984, S. 49-50.

Diese Ansätze hatten allerdings — zumindest im Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit — nur eine kurze Geschichte. Die nationalistische Denkweise setzte sich mit aller Wucht durch, als 1919 im Vorfeld des Versailler Friedensvertrages klar wurde, daß die Alliierten den Deutschen die alleinige Schuld am Krieg, gewaltige Reparationen und umfangreiche Gebietsabtritte — dazu noch zugunsten des aufmüpfigen Neulings Polen — aufbürden wollten. Die Bedingungen waren in der Tat schwer für ein an die eigene nationale Größe gewöhntes Volk, das zwar des Krieges überdrüssig war, diesen und die Niederlage jedoch nicht in den eigenen Städten und Dörfern hatte erleben müssen. Daß der Friedensvertrag die Großmacht Deutschland vor eine schwierige Probe stellen würde, war bereits an den Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 deutlich. Der konservative Historiker und Publizist Hans Delbrück schrieb am Tag davor an seinen polnischen Briefpartner Stanisław Turno, Deutschland werde es lernen müssen, mit einem großen nationalen Unglück umzugehen, ähnlich wie es die Polen vor über 100 Jahren und die Franzosen nach 1871 — erfolgreich — getan hätten.³ Ihm hat freilich nicht nur die Niederlage, sondern auch die Novemberrevolution in Deutschland zugesetzt, deren Ausgang ungewiß war. Der Krieg, die ins Rutschen geratene Landkarte Europas und die kommunistische Revolution in Rußland schärften zwar das Bewußtsein für die im Gang befindliche Epochenwende, brachten jedoch kaum Klarheit in die Zukunftsperspektiven. Die damals 29 Jahre alte Schriftstellerin Maria Dąbrowska schrieb in ihrem Tagebuch am 11. November 1918, sie fühle sich in mancher Hinsicht eher dem Ancien Régime denn der kommenden Welt zugehörig. Von einer moralisierenden Perspektive aus sah sie in Rußland und Deutschland den Sieg des Materialismus und nicht der Volksideale. „Nationen älteren Zuschnitts“ — schrieb sie in ihrem Tagebuch — „wären eher bereit unterzugehen, als solch entwürdigende Bedingungen anzunehmen, die die Koalition den Deutschen auferlegt hat; doch das Volk, das nach einem ‚neuen Leben‘ strebt, kriecht demütig und akzeptiert sie. Ich finde in mir mehr Verständnis für diejenigen Marinesoldaten in Kiel, die sich entschlossen haben, den Waffenstillstand abzulehnen und der ganzen Welt in einer aussichtslosen Seeschlacht den Handschuh zu werfen, als für diejenigen, die die Avantgarde der Revolution bilden. Daraus wird zwar doch einmal die Idee und reine Schönheit emporkommen, zunächst aber wird es vor allem um die

³ Brief vom 10.11.1918 aus Berlin, bei: Adam Galos, Stanisław Turno i Hans Delbrück (Stanisław Turno und Hans Delbrück), in: *Polski Kwartalnik Historyczny* Sobótka 44 (1989), Nr. 3, S. 357.

Bäume gehen.“⁴ Dąbrowska war nicht deutschlandfreundlich, aber die eingepägten Kategorien nationaler Würde haben sie zu einem Urteil bewogen, das, auf den deutschen Umgang mit den Verlusten im Osten angewandt, Polen nichts Gutes versprach. Das Wiedererwachen des verletzten nationalen Stolzes in Deutschland hat nämlich den Lernprozeß verhindert, den Delbrück zurecht für notwendig hielt.

Der neue deutsche Nationalismus richtete sich gegen „Versailles“, das die völkerrechtliche und geopolitische Basis für die Existenz Polens bildete; er richtete sich mit der „Dolchstoßlegende“ auch gegen die für die Annahme des „Friedensdiktats“ verantwortlich gemachten demokratischen Kräfte, von denen allein — wenn überhaupt — eine Verständigung mit Polen ausgehen konnte. Er hat die Demokraten — ohne daß sie sich dessen bewußt wurden — erpreßt und zum Handlanger nationalistischer Politik gemacht, womit sie ihre eigene Existenz letztlich untergraben haben. In den Augen des neuen Nationalismus war nämlich nicht nur Polen, sondern auch die Weimarer Republik ein „Saisonstaat“, mit dem Unterschied, daß auf ihren Trümmern ein neues deutsches Reich zu neuer Größe aufblühen, Polen dagegen wieder untergehen sollte.

Eine scheinbar unlösbare Spannung beherrscht das Bild der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. Diese Spannung materialisierte sich in verschiedenen Bereichen, war jedoch am sichtbarsten dort, wo es um die deutsch-polnische Grenze ging: Das konsequente Festhalten an dem Anspruch auf die Revision dieser Grenze deutscherseits entsprach der ebenso konsequenten Weigerung der polnischen Seite, jene zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Doch hat nicht eine viel schwerer wiegende Grenzverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg, zwar infolge einer viel schwereren Niederlage Deutschlands und erst nach Jahrzehnten sowie in einer völlig anderen europa- und weltpolitischen Lage, eine politische, völkerrechtliche und, wie es scheint, weitgehend auch gesellschaftliche Akzeptanz gefunden? Was wäre, wenn ... wenn es den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland nicht gegeben hätte? Hätte die Zeit die Wunden vielleicht doch geheilt, hätte die Einsicht in die eigenen Interessen die beiden Staaten zu einem dauerhaften (nicht nur, nach Hitlers Art, taktischen) Kompromiß und zur Zusammenarbeit finden lassen?

Diese spekulative Frage soll nur helfen, einen weniger schicksalhaften Akzent auf die Analyse der Hypothesen zu setzen, die die Annäherung

⁴ Maria Dąbrowska, *Dzienniki 1914–1932, wybór i przypisy*: Tadeusz Drewnowski (Tagebücher 1914–1932, Auswahl und Anmerkungen: Tadeusz Drewnowski). Bd. 1, Warszawa 1988, S. 124.

beider Nachbarvölker erschwert haben. Es waren historisch gewachsene, durch den Verlauf des Krieges und die Umstände des Neubeginns nach 1918 sogar verstärkte Grundeinstellungen: des Mißtrauens, der Angst, der Verachtung bis hin zur Feindseligkeit. Es waren aber auch politische Entscheidungen und selbstverschuldete Phantasielosigkeit, die einen Entfremdungsprozeß zwischen beiden Nationen und damit auch ihre Anfälligkeit für Stereotypen und Demagogie förderten. Die konfliktfreundige Politik und Publizistik trägt dabei eine große Verantwortung, denn — zahlreiche autobiographische Zeugnisse belegen es — das Potential friedlichen Zusammenlebens in den national gemischten Gebieten war keineswegs geringzuschätzen. Daß der historische Neubeginn der beiden Völker nicht zu einem wirklichen Neubeginn ihrer Beziehungen wurde, ist allerdings nicht nur aus dem Zuschnitt dieser Beziehungen zu erklären, sondern hat auch viel mit der internationalen Einbettung der nationalen Politik sowie mit den politischen, sozialen, kulturellen und „nationalpsychologischen“ Entwicklungen des jeweiligen Landes zu tun.⁵

Es mag abwegig erscheinen, für die Überlegungen darüber, welche Bedeutung das Jahr 1918 für die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen hatte, ein Briefzitat aus dem Jahre 1861 als Bezugspunkt zu nehmen. Doch selten ist der materielle und emotionale Gehalt der preußisch-deutschen Polenpolitik, die bis 1918 und darüberhinaus Geltung behielt, in zwei Sätzen so plastisch umschrieben worden wie in dem Brief des Romanciers Gustav Freytag an seinen schlesischen Freund Theodor Molinari. Darin bekennt er, daß er sich gerne gegen die Polen engagieren würde, und schlägt als Idee vor: „(...) eine Adresse an die Deutschen in Posen durchzubringen, worin mit Stolz auf die Eroberungen des deutschen Geistes und Arbeitskraft hingewiesen, gegen das abgeschmackte Geschwätz von dem politischen Unrecht der *ersten* polnischen Teilung hingewiesen würde — durch die erste wurde Elbing, Culm, das deutsche Westpreußen den Polen wieder entrissen, Ostpreußen mit uns verbunden, und der Besitz Posens ist eine Nothwendigkeit, Westpreußen zu decken. Es ist nur zu bedauern, daß wir uns nicht besser abgerundet haben.“⁶

⁵ Vgl. zusammenfassend, unter Betonung der deutschen Seite: Heinrich-August Winkler, Im Schatten von Versailles. Das deutsch-polnische Verhältnis während der Weimarer Republik, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, hrsg. v. Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty u. Rüdiger Stephan. München 1992, S. 95-103.

⁶ Brief vom 21. April 1861 aus Leipzig, abgedruckt in: Gustav Freytag an Theodor Molinari und die Seinen. Bislang unbekannte Briefe aus den Beständen der Universitätsbibliothek Wrocław. Frankfurt/M. (u.a.) 1987, S. 30 f. (Trouvaillen. Editionen zur Literatur- und Kulturgeschichte. 1.).

Diese Haltung ist immer mehr zum Allgemeinut, zur Selbstverständlichkeit geworden. Als während des Ersten Weltkrieges die „polnische Frage“ erneut auf die Tagesordnung trat, war die Wiederherstellung eines polnischen Staates für Deutschland, wenn überhaupt, nur in den Grenzen „Kongreßpolens“, also des russischen Teilungsgebietes, denkbar.⁷ Das waren auch die Grenzen des von den beiden Kaisern am 5. November 1916 proklamierten „Königreichs Polen“. Die Frage der künftigen Einbeziehung Galiziens und der politischen Kontrolle über das neue Staatsgebilde war Gegenstand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Abtretungen aus dem preußischen Teilungsgebiet standen nicht zur Disposition. Im Gegenteil, in der Heeresleitung und in politischen Kreisen wurden verschiedene Vorschläge gehandelt, wie die Ostgrenze des Reiches „besser abgerundet“ werden könnte.⁸ 1918 jedoch und in den folgenden Jahren, als die Niederlage eingestanden werden mußte, wurden auch die „Eroberungen des deutschen Geistes und Arbeitskraft“ Stück für Stück durch die Nation in Frage gestellt, von der man über Jahrzehnte geglaubt hatte, daß sie gar nicht in der Lage sei, einen eigenen Staat zu unterhalten.

Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg kannte auch verschiedene Ebenen von Solidarität innerhalb der Konflikte, die das Kaiserreich geprägt haben: Es waren vor allem die Kooperation des Zentrums mit den Polen in der Verteidigung des (politischen) Katholizismus und die besondere Rolle, die die Sozialdemokratie mit der Verteidigung polnischer sozialer und nationaler Interessen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich gespielt hat. Die Kritik an der preußischen Polenpolitik flaute jedoch im Zuge der veränderten Eigeninteressen und der enger zusammenwachsenden deutschen Nationalgemeinschaft im Vorfeld des Ersten Weltkrieges ab. Noch wichtiger für die Haltung nach 1918 ist die Tatsache, daß auch diejenigen, die Verständnis für die Anliegen der polnischen Bürger im Deutschen Reich gehabt hatten, die preußisch-deutsche Staatsraison im Hinblick auf die polnische

⁷ „Seit jeher“ — schreibt der polnische Historiker J. Krasuski — „hatten sich die Deutschen daran gewöhnt, Polen mit diesem kleinen Gebiet des (sic) Kongreßpolen zu identifizieren. Es gab noch nach dem II. Weltkrieg ausgesprochen polenfreundliche deutsche Autoren, denen dieser Fehler unbewußt unterlief.“ S. Jerzy Krasuski, Grundfragen der deutsch-polnischen Beziehungen in der Periode zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 11. bis 17. Juni 1984 in Augsburg. Red. Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1984, S. 11.

⁸ Vgl. Immanuel Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Lübeck 1960.

Frage nicht antasteten. Darin lag ein wesentlicher Unterschied zu der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“, die deutscherseits die Existenzberechtigung eines französischen Staates nie in Frage gestellt hat. Anders als Frankreich — schreibt Adam Krzemiński in seinem jüngst erschienenen Essay — gebührte Polen „in den letzten 200 Jahren nicht einmal die Ehre, ein ‚Erbfeind‘ zu sein.“⁹ Polen wurde als lästig, manchmal als gefährlich oder mitleiderregend, nicht jedoch als ebenbürtig wahrgenommen. Es ist daher als Erfolg zu verbuchen, daß sich in Deutschland und in der deutschen Polenpolitik nach 1918, nach dem polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 und insbesondere nach der erneuten Übernahme der Staatsführung durch Piłsudski 1925 dennoch das Bewußtsein ausbreitete, daß Polen nicht nur ein „Saisonstaat“ von Gnaden der Alliierten sei.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich hatte die Vormachtstellung in Europa und nicht das Auslöschen der politischen Existenz des anderen zum Gegenstand. Grenzverschiebungen infolge der Niederlage im Westen waren in Deutschland als schmerzhaft empfunden worden, aber dennoch zu verkraften gewesen, vor allem, wenn damit dem republikanischen „Reich“ die Integration in das europäische Mächtesystem parlamentarischer Demokratien ermöglicht werden konnte. Elsaß-Lothringen war außerdem für die preußisch-deutsche Staatsraison letztlich doch nicht zentral. Auch das war ausschlaggebend dafür, daß die deutsch-französische Verständigung in Locarno 1925 möglich wurde. Auf längere Sicht hätte vielleicht — paradoxerweise — das Desinteresse, das der Westen Deutschlands an den entfernten, weniger entwickelten Gebieten des Ostens hatte, dazu führen können, daß bei steigender Bedeutung Polens auch über diese Gebiete ein Kompromiß hätte gefunden werden können. Dem standen aber die nach wie vor politisch wirksame preußische Staatsraison und eine ihr dienende und in der Funktionalisierung nationaler Gefühle äußerst effiziente Propaganda im Wege.¹⁰ Überhaupt ist die Kontinuität preußischer Elemente in der Weimarer Außenpolitik, worauf Klaus Zernack besonders hinweist, in der sonst durchaus detaillierten und fundierten Forschung zu wenig beachtet worden. Dabei muß konstatiert werden: „Die Weimarer Republik, deren stabilster innerer Pfeiler das republikanische, meist sozialdemokratisch regierte neue Preußen war, blieb außenpolitisch in der alten preußischen Hegemonialtradi-

⁹ Adam Krzemiński, *Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay*. München 1993, S. 7.

¹⁰ Aufschlußreich dazu Peter Fischer, *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939*. Wiesbaden 1991.

tion stecken.“¹¹ Dies gilt sowohl für die besondere Rolle, die der Sowjetunion in der deutschen Ostpolitik zugewiesen wurde — mit all den gespaltenen Reaktionen, die auf den polnisch-sowjetischen Krieg 1920/21 erfolgten¹² —, wie für die kompromißlose Haltung in der Territorialfrage und die Einfügung „Mitteleuropas“ in das deutsche Einflußgebiet. Der langjährige preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein Sozialdemokrat, war neben dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg Ehrenmitglied des Deutschen Ostbundes, dessen Motto lautete: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren gehen“, und der seiner lautstarken Propaganda wegen selbst dem Auswärtigen Amt in dessen Ostpolitik in die Quere kam. Immerhin hat sich auch der Ostbund Grenzen gesetzt, wie auf einer Sitzung der Organisation im Oktober 1929 betont wurde: „(...) daß man unbedingt in jeder Propaganda so tun müsse, als ob man daran glaube, daß auf friedlichem Wege sich eine Änderung der Grenzen erzielen lasse; man dürfe nicht durchblicken lassen, daß man in Wirklichkeit nur glaube, daß durch Machtpolitik oder durch einen Krieg sich die Grenzen nur verändern lassen würden“.¹³

Am deutsch-französischen Beispiel wird ein weiterer tiefgreifender Unterschied deutlich: Frankreich war ein gehaßter, nicht aber ein verachteter Feind. 1917 konnte in Max von Boehns Kulturgeschichte Frankreichs des 19. Jahrhunderts ein Satz erscheinen, der für die damalige Zeit recht mutig war: „Wer die Geschichte der deutschen Kultur in den letzten Jahrhunderten betrachtet, der wird überall (...) dem mächtigen Einfluß Frankreichs begegnen und inne werden, daß wir uns eine deutsche Kultur ohne Einwirken der französischen überhaupt nicht vorzustellen vermögen.“¹⁴ Die Anziehungskraft, die Frankreich auf die Künstler der Weimarer Republik ausübte, hat diesen Tatbestand bestätigt und fortgesetzt. Dagegen bildeten die deutsche Kultur und Wissenschaft — von Ausnahmen abgesehen — keine tragfähige Brücke zur Überwindung deutsch-polnischer politischer Antagonismen. Zu tief hatte sich die Vorstellung von einem West-Ost-

¹¹ Klaus Zernack, Polen in der Geschichte Preußens, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hrsg. v. Otto Büsch. Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 441.

¹² Vgl. Gerhard Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920. Wiesbaden 1979. Wagner sieht in der deutschen rußlandfreundlichen Neutralitätspolitik den Ausdruck der Annahme, daß die Sowjetunion Polen militärisch besiegen und Deutschland in der Revision von „Versailles“ unterstützen könnte. Gegen eine Ausbreitung der sowjetischen Revolution hätten die Alliierten ohnehin Deutschland verteidigen müssen.

¹³ Zitiert bei: Fischer, Publizistik (wie Anm. 10), S. 57 ff.

¹⁴ Zitiert in: Karl Ferdinand Werner, Deutsch-französische Nachbarschaft: eine historische Besinnung, in: Frankreich und Deutschland: zur Geschichte einer produktiven Nachbarschaft. Bonn 1986, S. 9.

Kulturgefälle und vom deutschen Kulturträgetum eingepägt, zu weit war die Unkenntnis der polnischen Kultur verbreitet. Die sich in der Weimarer Republik mehrenden Einrichtungen der Ostforschung waren wiederum bei aller wissenschaftlichen Seriosität nicht in der Lage, ihre Untersuchungen vom nationalen Auftrag loszulösen.¹⁵ Der allgemeine Zivilisationsprozeß, der dazu führte, daß die Einbindung Polens in die europäische Kultur seit dem Mittelalter mit wesentlichen Impulsen aus dem Westen und Süden Europas verbunden war, diente als Legitimation für die geistige und politische Suprematie Deutschlands über Polen — und dies mit der gleichen Beweiskraft, mit der mutatis mutandis eine Suprematie Frankreichs oder Italiens über Deutschland hätte nachgewiesen werden können. Unterschiedliche Einstellungen gegenüber Polen und Franzosen lassen sich auch in der deutschen belletristischen Verarbeitung der rheinischen und der oberschlesischen Krise beobachten. Sie war stark nationalistisch geprägt und überwiegend von minderem literarischem Wert. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß den Polen schlimmere Grausamkeiten unterstellt wurden als den Franzosen; auch rassistische Angriffe wurden gegen die Polen und die Schwarzen, die mit der französischen Armee ins Rheinland gekommen waren, gerichtet, nicht jedoch gegen die Franzosen.¹⁶

Von besonderer Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen war der Wandel des Nationsbegriffes, der in Deutschland fast alle Gesellschaftsschichten erfaßte, sich aber auch in Polen weitgehend durchsetzte: „Nationales Denken in der Republik von Weimar“ — schreibt Otto Dann — „war stets *volksnationales* bzw. *volksdeutsches Denken*. Das volksnationale Denken ist dadurch charakterisiert, daß die Nation primär als eine ethnische Einheit gesehen bzw. die ethnische Zusammengehörigkeit als die Grundlage der politischen Gemeinschaftsbildung betrachtet wird. Nicht der gemeinsame Staat, sondern das gemeinsame Volkstum (Ethnie)

¹⁵ Aus polnischer Sicht: Henryk Olszewski, *Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech* (Geschichtswissenschaft im Niedergang. Eine Untersuchung der Historiographie und historischen Ideologie im imperialistischen Deutschland). Poznań 1982. Über die Auswirkungen auf das Polenbild in der Weimarer Schule vgl. Romuald Gelles, *Sprawy polskie w szkole niemieckiej w latach 1919–1939* („Polen“ im deutschen Schulunterricht der Jahre 1919–1939). Wrocław (u.a.) 1991.

¹⁶ William Niven, *The Literary Treatment of the Upper Silesian and Rhenish Crises During the Weimar Republic*, in: *German Life and Letters* 40 (1986), Nr. 1, S. 39 ff. Zum literarischen Polenbild in der Zwischenkriegszeit vgl. Jan Chodera, *Die deutsche Polenliteratur 1918–1939. Stoff- und Motivgeschichte*. Poznań 1966. Chodera betont alle nationalistischen Motive der Literatur. Eine breitere Perspektive kennzeichnet die Arbeit von Dorothea Friedrich, *Das Bild Polens in der Literatur der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. 1984.

gilt als die Grundlage einer Nation.“ Dieses Prinzip spiegelt sich auch in dem von Präsident Wilson am Ende des Ersten Weltkrieges verkündeten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und war insofern kein deutsches Spezifikum.¹⁷

Das Denken in volksnationalen Kategorien mußte auch keineswegs zu Nationalismus und Expansionismus führen. Dennoch, indem das Deutschtum (bzw. umgekehrt das Polentum) über alle Staatsgrenzen hinweg als eine besondere Gemeinschaft erfahren wurde, war in einer Zeit des Umbruchs und der Grenzziehungen der Schritt zu kulturellen, politischen und territorialen Ansprüchen hin erleichtert worden. In den ethnisch gemischten Gebieten, insbesondere dort, wo Germanisierungs- und (Re-)Polonisierungsprozesse tiefe Spuren hinterlassen hatten (z.B. in Schlesien und Masuren), war die Volkstumsfrage ohnehin nicht immer eindeutig zu beantworten gewesen und damit um so besser für einen Streit zwischen Deutschen und Polen geeignet. Die Vermengung der objektiven (Sprache, Kultur) und subjektiven (Identität, Zugehörigkeitsgefühl) Kriterien einer Volkszugehörigkeit wurde durch den Versuch, ethnische und territoriale Kontinuitäten seit der Frühgeschichte herzustellen, noch komplizierter und für politische Funktionalisierung anfälliger.

Die Anwendung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ allein war in Mitteleuropa nicht dazu geeignet, den Frieden zu sichern, da eine Deckung von Staats- und Volksgrenzen nicht möglich war. Eigentlich hat Deutschland infolge der Territorialverluste eine nationale Konsolidierung erlebt, weil ein Großteil der früheren nationalen Minderheiten nunmehr außerhalb der neuen Republik lebte. „Doch was dies an gesteigerter politischer Integrationskraft hätte erbringen können“ — stellt Jürgen Kocka fest — „wurde bei weitem wettgemacht durch (...) das ungemein verschärfte Problem der Volksdeutschen“.¹⁸ Das unerklärte Ziel der Weimarer Außenpolitik blieb es, die deutsche Minderheit in Polen als Problem am Leben zu erhalten, um ein festes Argument für eine künftige Grenzrevision in der Hand zu haben. Auch die partielle Annäherung zwischen Polen und Deutschland im Zuge von Stresemanns Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 20er Jahre hat daran nichts geändert.¹⁹

¹⁷ Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*. München 1993, S. 264.

¹⁸ Jürgen Kocka, *Das Problem der Nation in der deutschen Geschichte 1870–1945*, in: Ders., *Geschichte und Aufklärung. Aufsätze*. Göttingen 1989, S. 98.

¹⁹ Vgl. Norbert Krekeler, *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen*. Stuttgart 1973. Sehr wertvoll ist das Buch über Stresemanns Polenpolitik von Piotr Madajczyk, *Poli-*

Das neue Polen war dagegen, im Unterschied zu Deutschland, viel stärker mit einem Anteil an nationalen Minderheiten, der ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte, belastet (nach sprachlichen Kriterien waren es 1931 13,9% Ukrainer, 8,7% Jiddisch sprechende Juden, 3,1% Weißrussen und 2,3% Deutsche). Dies war die Folge von mehreren Faktoren: 1. Das alte Polen, an dessen Grenzen es anzuknüpfen galt, war kein ethnisch einheitlicher Staat gewesen; 2. Die Teilungsmächte haben auf dem polnischen Territorium während ihrer Herrschaft eine eigene Siedlungs- und Bevölkerungspolitik betrieben, die, zeitweise mit Ausnahme von Galizien, gegen Polen gerichtet war; 3. Wenn sich Polen zwischen Deutschland und Rußland behaupten wollte, mußte es die territorialen Voraussetzungen für eine unabhängige wirtschaftliche, politische und militärische Existenz erhalten — wozu die Alliierten zuerst mehr, dann immer weniger bereit waren; die Reduktion Polens auf ethnisch und politisch völlig unumstrittene Gebiete hätte die Wiedererstehung dieses Staates zur Fiktion gemacht; 4. Die polnische Nationalbewegung, beseelt von der Gunst der Stunde, versuchte in (spontanen) bewaffneten Aufständen sich die Territorien zu sichern, die ethnisch kein einheitliches Gesicht hatten bzw. deren Angliederung an den polnischen Staat für den polnischen Staat nicht unumstritten war (z.B. die Aufstände in Posen, Oberschlesien, Lemberg).

Aus polnischer Sicht sollte durch die neue Staatsgründung das Unrecht der Teilungen wiedergutmacht und der „historischen Gerechtigkeit“ Genüge getan werden. Der Weltkrieg und die Niederlage aller drei Teilungsmächte dienten, so gesehen, einer gerechten Sache. Doch konnte der Staat Polen-Litauen, der Ende des 18. Jahrhunderts nach einer inneren Krise den zu Großmächten aufgestiegenen Nachbarn einverleibt worden war, nicht am Anfang des 20. Jahrhunderts unter denselben Voraussetzungen wiederhergestellt werden: Völker wie Litauer und Ruthenen (Ukrainer), die ein selbstverständlicher Bestandteil des alten Polen gewesen waren, haben in dieser Zeit ein Erwachen des eigenen nationalen Bewußtseins oft gerade im offenen Konflikt zu ihrer „polnischen“ Vergangenheit erlebt, was ihnen die Integration in ein neu entstandenes Polen erschwerte. Die Deutschen wiederum, die selbst in stark deutschbesiedelten Gebieten wie im königlichen Preußen ebenfalls ein selbstverständli-

tyka i koncepcje polityczne Gustawa Stresemanna wobec Polski (1915–1929) (Politik und politische Konzeptionen Gustav Stresemanns gegenüber Polen <1915–1929>). Warszawa 1991. Vgl. auch Kurt Doß, Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Raucher, deutscher Gesandter nach Polen 1922–1930. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1984, S. 98 u. 118.

cher Bestandteil des alten Polen gewesen waren, konnten nach der Verinnerlichung preußischer Staatsraison und deutschnationaler Größe im Bismarckschen Reich nicht problemlos als eine nationale Minderheit im wiedererstandenen Polen an die vernationalstaatliche Tradition anknüpfen.

Die Ansprüche des neuen Polen standen in Spannung zwischen der Restitution des historischen Vorläufers aus dem 18. Jahrhundert und dem nationalstaatlichen Modell des 20. Jahrhunderts. Dabei griffen die Vertreter des nationalstaatlichen Modells mit Vorliebe auf das 10. Jahrhundert zurück, als das damals entstandene Polen seine Stärke in Auseinandersetzungen mit den Deutschen an der Oder unter Beweis stellte. Die historischen und ethnischen Argumente waren austauschbar je nach Verständnis der polnischen Staatsraison. Man sollte die Schwierigkeiten, mit denen Polen 1918 auf der Suche nach eigener Identität und eigenen Grenzen konfrontiert war, nicht unterschätzen.²⁰ Die Kriterien, nach denen die Zugehörigkeit eines Landstriches zu Polen behauptet werden konnte, waren nicht leicht zu definieren. „Unser Vaterland, Polen“ — schrieb beispielsweise eine überparteiliche Soldatenzeitung zum 1. Januar 1919 mit dem Blick eher nach Osten gerichtet — „ist ein weites, schönes und reiches Land. Von den steilen Gipfeln der Tatra im Süden bis zu den bläulichen Wassern der Ostsee im Norden, vom oberen Lauf der Oder bis zur Düna und zum Dnjepr breiten sich die Gebiete aus, die wir Polen nennen. Nicht alle werden ausschließlich vom polnischen Volk bewohnt. (...) Doch sogar unabhängig von den starken Banden der gemeinsamen Tradition müssen wir alle die Provinzen als aufs engste mit uns verbunden betrachten, in denen zumindest ein Teil der verwurzelten einheimischen Bevölkerung seine Zugehörigkeit zur polnischen Nation durch Wort und Tat unter Beweis stellt. Eine solche Bevölkerung finden wir sowohl in Pommerellen (Pomorze) als auch in Weißrußland und der Ukraine. Und deshalb betrachten wir diese Gebiete als polnisch.“²¹

Im Polen von 1918 war die Erinnerung an die historische Größe und die historischen Grenzen lebendig. Neben der Aufstandstradition des 19. Jahrhunderts war es die Großmachtstellung Polens (im Osten), die die

²⁰ Vgl. Wojciech Wrzesiński, *Spółczesność II Rzeczypospolitej a problem polskich kresów zachodnich (Die Gesellschaft der Zweiten Republik und das Problem der polnischen Westmarken)*, in: *Odra* 18 (1978), Nr. 10, S. 12-23; s. auch ders., *Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795-1939 (Nachbar oder Feind? Studien über die Ausformung des Bildes des Deutschen in Polen in den Jahren 1795-1939)*. Wrocław 1992, S. 417-545.

²¹ E. Maliszewski, *Ziemie polskie (Polnisches Land)*, in: *Wiarus* vom 1.1.1919, zitiert in: Roman Wapiński, *Pokolenia Drugiej Rzeczypospolitej (Generationen der Zweiten Republik)*. Wrocław 1991, S. 217.

Gemüter besonders erregte. Piłsudskis Legionen und seine Auseinandersetzung mit Rußland, die Polen eine historisch angemessene Position in Ostmitteleuropa sichern sollte, waren dazu angetan, diesem Traditionsbewußtsein gerecht zu werden. Für Piłsudski und seine Anhänger war die Staatsidee der Nation übergeordnet. Sie waren zwar nicht frei von einer patriarchalischen Einstellung gegenüber den anderen Völkern, die das alte Polen bewohnten, erlagen jedoch nicht der nationalistischen Zwangsvorstellung von der ethnischen, kulturellen und oft auch religiösen Reinheit des Staates. Die Befürworter eines föderal organisierten Polen, die vor allem in sozialistischen und liberaldemokratischen Kreisen zu finden waren, glaubten daran, daß die Idee der gleichberechtigten Existenz verschiedener nationaler Gruppen in einem Staatswesen realisierbar sein mußte. Das föderalistische Modell, das ohnehin nur für die Lösung der Nationalitätenprobleme im Osten Polens gedacht war, konnte sich nicht durchsetzen; es siegte die inkorporative Konzeption, die, wie es scheint, auch die größere gesellschaftliche Akzeptanz fand.

Die polnische Gesellschaft hat seit 1795 einen enormen „Modernisierungsschub“ hin zum ethnisch-nationalen und nationalstaatlichen Denken durchgemacht — nicht zuletzt unter dem Einfluß der jeweiligen Teilungsmacht, unter der sie gelebt hat. Befragungen, die nach der Wiederherstellung Polens in Oberschlesien und Pommerellen durchgeführt wurden, zeigten, daß die dortige polnische Bevölkerung sich Polen nach dem Vorbild von Deutschland vorstellte, mit dem Unterschied, daß jetzt die Polen die herrschende Nation sein sollten.²²

Es waren Dmowski und seine Nationaldemokratie, die mit einer Mischung aus Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, integrealem Nationalismus, Sozialdarwinismus und einem Kult der Stärke die Ängste und Ambitionen *des* Teils der Nation besonders ansprachen, der sich von außen wie von innen bedroht fühlte. Dabei hat Dmowski bewußt mit den pluralistischen und freiheitlichen Traditionen der alten Republik gebrochen²³ und sich an den Erfolgen der macht- und national-

²² S. Wapiński, *Pokolenia* (wie Anm. 21), S. 229.

²³ Was manche polnischen Historiker dazu veranlaßt, in Piłsudski, im Unterschied zu Dmowski, die Fortsetzung einer spezifisch polnischen, „heimischen“ Tradition zu sehen. Vgl. dazu: Piotr Wandycz, *Polska międzywojenna* (Polen zwischen den Kriegen), in: *Uniwersalizm i swoistość kultury polskiej* (Universalismus und Eigenart der polnischen Kultur), pod red. Jerzego Kłoczkowskiego. Bd. 2, Lublin 1990, S. 270-273. Wichtige Differenzierungen zwischen dem Nationalismus der Nationaldemokraten und dem der Piłsudski-Anhänger bei: Barbara Toruńczyk, *OZN i Endecja: kilka odróżnień* (OZN und Endecja: einige Unterscheidungen), in: *Zapis* (1979), Nr. 12, S. 135-146.

staatlichen Vorbilder in Europa, insbesondere dem Furcht und Haß erregenden Preußen-Deutschland, orientiert. Daß sich die deutsch-polnischen Interessenkonflikte auch aus polnischer Sicht zu einem schier unüberwindlichen Antagonismus entwickelten, erfolgte nicht zuletzt daraus, daß sich ein Teil der polnischen Nationalbewegung von ihrer eigenen Tradition der „romantischen“ Völkersolidarität gegenüber den absolutistischen und despotischen Regimen losgelöst hatte. Die Nationaldemokraten „modernisierten“ das polnische Politikverständnis im Sinne einer Real- und Machtpolitik. Anhand dieser Kategorien machten sie in Deutschland den gefährlichsten, weil — trotz Niederlage — erfolgreichsten und potentiell stärksten Feind Polens aus, während sie dem potentiellen „Verbündeten“ Rußland mit kultureller Überheblichkeit bis hin zur Verachtung begegneten. Sie suchten alle Hoffnungen auf einen republikanischen Wandel Deutschlands zu zerstreuen und betonten stattdessen die „ewig“ expansiven und aggressiven Charakterzüge der Deutschen. Der offensive deutsche Nationalismus, der sich oft defensiv gebärdete, traf hier auf seinen Gegenpart, den defensiven polnischen Nationalismus, der zumindest in seinem Deutschlandbild und in der Minderheitenpolitik durchaus offensive Züge vorweisen konnte. Die nationaldemokratische „Zurückhaltung“, im Osten nur so viele Gebiete dem neuen Polen einverleiben zu wollen, wie durch aktive Nationalitätenpolitik polonisiert werden könnten, erinnerte an manche Elemente der preussischen und deutschen Polenpolitik. Von dieser Seite waren bestenfalls eine realpolitische Analyse und die Bestätigung eines verfahrenen Konflikts, nicht jedoch Lösungen zu erwarten.

Und die Suche nach Lösungen war zumindest aus zwei Gründen nicht einfach: Selbst bei größter Bereitschaft, sich auf Gespräche einzulassen, war die Blindheit für die eigene Verfangenheit in nationalpolitische und apologetische Denkmuster charakteristisch. Zum anderen mußte sich jeder, der eine Kompromißlösung anstrebte, gefallen lassen, daß ihn die öffentliche Meinung des eigenen Landes des Verrats und des Verkaufs der nationalen Interessen bezichtigte. Dennoch hat es Kontakte und guten Willen gegeben — sicherlich mehr, als der auf die Konflikte konzentrierten Forschung bekannt ist.²⁴ Die Idee der Versöhnung beider Völker mag

²⁴ Über die deutsch-polnischen Annäherungsversuche auf politischer und kultureller Ebene u.a. bei Harald von Riekhoff, *German-Polish Relations, 1918–1933*. Baltimore/London 1971, S. 295–326; Fischer, *Publizistik* (wie Anm. 10), S. 163–181; Doß, *Weimar* (wie Anm. 19); Karl Dedecius, *Offizielle Kulturbeziehungen und kulturelle Rezeption zwischen der Weimarer Republik und Polen 1919–1933*, in: *Beziehungen* (wie Anm. 7), S. 137–154.

dabei vage gewesen und nicht immer über ein Stereotyp hinausgekommen sein, dennoch hätte sie sich vertrauensbildend und verhandlungsfördernd auswirken können. Die Zeitschrift „Der Oberschlesier“ hat beispielsweise in den Jahren 1919–1921 sehr sachlich über das polnische Element in Oberschlesien informiert und wohl im Hinblick auf ein mögliches autonomes Oberschlesien appelliert: „Ein Oberschlesier muß dem anderen helfen. (...) In dem polnischen Oberschlesien hilft der polnische Oberschlesier dem deutsch-gesinnten Oberschlesier und in dem deutschen Oberschlesien der deutsche Oberschlesier seinem Landsgenossen — der alte Staat hat sich überlebt.“²⁵

Um eine zumindest atmosphärische Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen waren die Weimarer Pazifisten bemüht. Freilich waren sie generell zum Westen hin orientiert: Mit Frankreich waren die Möglichkeiten politisch-ideologischer Übereinstimmung viel größer als mit Polen. Erschwerend wirkte sich aber für die Kommunikation mit Polen vor allem die Tatsache aus, daß die Linie einer friedlichen Revisionspolitik bis weit in die Reihen der deutschen Friedensbewegung gebilligt wurde. Dennoch wurden Besuche abgestattet, Vorträge gehalten und Konferenzen organisiert, wobei es sich auf den deutsch-polnischen Dialog scheinbar vorteilhaft auswirkte, wenn eine Erörterung der Grenzfragen vorerst vermieden wurde.²⁶

Als Beispiel dafür, wie die Gesprächspartner überfordert werden konnten, mag ein Artikel des polnischen Priesters Jan Rostworowski aus dem Jahre 1927 dienen, in dem er seinen deutschen Freunden aus pazifistischen Kreisen die Besonderheiten der deutsch-polnischen Beziehungsprobleme zu erläutern versucht. Er appelliert aufrichtig an die Deutschen, sie mögen die Polen verstehen, und schwört zugleich jedem Nationalismus ab. Der Autor bedauert u.a., daß die Deutschen es nicht verstehen können, daß Polen sich nach dem Krieg nichts genommen habe, „sondern nur zu einem

²⁵ G. Wenzel, Zukunftsarbeit, in: *Der Oberschlesier* (1921), Nr. 45, S. 802, zitiert in: Grażyna Szewczyk, *Der Mythos vom oberschlesischen Menschen und die oberschlesische Frage im deutschen und im polnischen Schrifttum von 1919–1921*, in: *Das literarische Antlitz des Grenzlandes*, hrsg. v. Krzysztof A. Kuczyński u. Thomas Schneider. Frankfurt/M. 1991, S. 79.

²⁶ Karl Holl, Pazifismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, S. 172. Vgl. auch Karol Fiedor, Die deutsche pazifistische Bewegung und das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 24 (1975), S. 143–163. Eine ähnliche Einstellung zur Revisionsfrage konnte bei der Paneuropa-Union beobachtet werden. Vgl. Karol Fiedor, *Niemieckie plany integracji Europy na tle zachodnioeuropejskich doktryn zjednoczeniowych 1918–1945 (Deutsche Pläne der europäischen Integration und die Einigungsdoktrinen in Westeuropa 1918–1945)*. Wrocław 1991, S. 111–130 u.a.

geringen Teil das wiedergewonnen hat, was *entweder* sein staatliches, ihm unrechtmäßig weggenommenes Eigentum *oder* seit jeher polnisches, sich über Jahrhunderte gegen die Germanisierung wehrendes Territorium war“. Diese beiden Kriterien dienen ihm als Basis für die Kritik an der deutschen Behandlung der Minderheitenfrage. Die Deutschen vergessen seiner Meinung nach, „daß die deutsche Minderheit, die man verteidigt, kein einheimisches, sondern ein zugereistes Element darstellt und darüberhinaus Bestandteil der Eroberungswelle eines kämpferischen fremden Nationalismus war“. Mit diesem „einfühlsamen“ Argument konnte der polnische Autor kaum die Herzen seiner deutschen Freunde erobern. Dagegen hätten sie sich ein zweites Argument durchaus schärfer ins Bewußtsein rücken können: Die Deutschen hätten nämlich ebenfalls vergessen, daß „noch gestern in den selben Orten (in denen jetzt eine deutsche Minderheit lebt) die einheimischen Polen auf ihrem eigenen Land einer brutalen Verachtung und Unterdrückung ausgesetzt waren“.²⁷

Der deutsch-polnische Dialog war nicht nur der politisch ungelösten Probleme wegen schwierig. Das Auseinandergelien der nationalen Traditionen fiel ebenso ins Gewicht: sei es in der sozialen Struktur, d.h. in einer Gegenüberstellung einer bürgerlichen und einer adlig-bäuerlichen Kultur, im Lebensstil, den wirtschaftlichen und sozialen Werten oder in den religiösen Traditionen. Józef Piłsudski, der für die Deutschen keine besondere Sympathie, jedoch Respekt empfand, wies im Januar 1917 in einem Interview darauf hin, daß bei einem Gespräch mit einem Deutschen stets die Begegnung zweier verschiedener Kulturen stattfindet. „Auch unabhängig von der Politik und den Gefühlen ist es klar“ — sagt er —, „daß auf der einen Seite eine in sich gesättigte Staatskultur steht, während auf der anderen Seite eine Nation, die über eine so lange Zeit keinen eigenen Staat besaß, in sich eine dem Staat entfremdete Kultur entwickelte. Aus diesem Grunde kommt es selbst bei einem freundschaftlichen Kontakt zu zahlreichen Reibereien und Mißverständnissen. Diese Dinge unterscheiden sich voneinander wie zwei Welten.“²⁸

²⁷ Jan Rostworowski, W sprawie wielkiego dziejowego problemu. Kilka uwag na temat stosunków polsko-niemieckich (Zu einem großen historischen Problem. Einige Erwägungen zum Thema der polnisch-deutschen Beziehungen), in: Przegląd Powszechny 44 (1927), Bd. 175, S. 226 f. u. 232.

²⁸ Józef Piłsudski, Pisma zbiorowe (Gesammelte Schriften). Bd. 4, Warszawa 1937, S. 102, zitiert bei Stanisław Sierpowski, Stosunki polsko-niemieckie na tle europejskim 1919–1939 (Polnisch-deutsche Beziehungen im europäischen Zusammenhang 1919–1939), in: Z badań nad dziejami stosunków polsko-niemieckich (Studien zur Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen), pod red. A. Czubińskiego i

Die wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Modernisierung Polens hätte mit einem sich demokratisch erneuernden Deutschland die beiden Welten etwas näher zueinander bringen können.²⁹ Für diese von Deutschland und Polen leider nicht realisierte Chance war das Jahr 1918 durchaus ein guter Ausgangspunkt. Die zarte Pflanze der Einsicht in die Notwendigkeit der Koexistenz und eines Interessenausgleichs mit Polen erstickte jedoch unter dem Druck des Selbstmitleids, der Selbstgerechtigkeit und der Verachtung. Polen hat zwar den deutschen Nachbarn als eine europäische Macht stets wahr- und ernstgenommen, im Umgang mit ihm jedoch Ängste und Aversionen verstärkt und entwickelt, die der kurzen Zeit wegen nicht mehr durch wachsende eigene Stabilität und Ausgleichsprozesse abgebaut werden konnten. Sie wirken bis heute nach.

R. Wryka. Poznań 1991, S. 136. Zu Piłsudski vgl. auch Witold Pronobis, Józef Piłsudski a Niemcy 1914–1935 (Józef Piłsudski und Deutschland 1914–1935), in: *Archiwum* 3 (1985), Nr. 7–8, S. 3–16; Nr. 9–10, S. 43–59.

²⁹ In deutschen Wirtschaftskreisen zum Beispiel rechnete man zwar polnische Wirtschaftserfolge gerne den unter preußischer und deutscher Herrschaft erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten zu, doch breitete sich dort auch die Überzeugung aus, daß der Begriff „polnische Wirtschaft“ auf die polnische Wirtschaft nur schlecht angewandt werden konnte. Vgl. die deutschen Reaktionen auf die Allgemeine Landesmesse (Powszechna Wystawa Krajowa) in Posen 1929. S. Stefan Kowal, *Gospodarczy bilans 10-lecia odrodzonej Polski w oczach Niemców* (Die wirtschaftliche Bilanz nach zehn Jahren des wiedergeborenen Polen in deutschen Augen), in: *Ideologie, poglądy, mity w dziejach Polski i Europy XIX i XX wieku. Studia historyczne* (Ideologien, Anschauungen, Mythen in der Geschichte Polens und Europas im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Studien), pod red. Jerzego Topolskiego, Witolda Molika i Krzysztofa Makowskiego [Festschrift Lech Trzeciakowski]. Poznań 1991, S. 177–186, bes. S. 181.